

NACHHALTIGE INVESTMENTS

TOPTHEMA: **Kinderarbeit für Investoren schwer zu fassen** 2

PRODUKTE & KONZEPTE: **Vielfältige Optionen für regionales Anlegen** 7

Sich trennen – und Neues erschaffen



„Über die Kunst des Trennens.“ Der Titel meint keinesfalls Mülltrennung. Dem aktuellen Magazin Factory geht es um überaus Anspruchsvolles: Das Trennen von überkommenen Vorstellungen, wie Wirtschaft zu funktionieren hat. Das ist eine große Herausforderung, und es ist völlig unklar, ob sie je zu bewältigen ist: von Einzelnen, von Gruppen, von Gesellschaften. Denn der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Er trennt sich ungern, weder von Verhaltensweisen und Konventionen, noch von Besitzansprüchen und Gegenständen. Man schaue nur in den eigenen Keller. Doch sich trennen können, tut gut. Wer dem „Feng Shui“ des Aufräumens folgt, stellt fest, wie befreiend es ist, sich zu Trennen von vermeintlich Nützlichem, angeblich lieb Gewonnenem sowie aus Pietät oder Faulheit Angesammeltem. Wer diesen Ballast abwirft, fühlt sich befreit. Und er oder sie spürt neue Energie - nicht nur für den Moment, sondern täglich. Weil der Blick nicht ständig auf Objekte stößt, die die eigenen Gedanken bremsen.

So ist das auch mit überkommenen Vorstellungen. Wer sich davon löst, erkennt mehr Optionen für das Leben, das Wirtschaften und das Geldanlegen. Für die Entwicklung ressourcenarmer, gerechter und zukunftsfähiger Gesellschaften ist diese Fähigkeit sehr bedeutsam. Ein Beispiel: Als Daimler 2009 die Idee kleiner Innovatoren aufgriff und mit Car-Sharing begann, wurde der Konzern des Greenwashings verdächtigt. Heute hält er ein europäisches Marktpotenzial von sieben Milliarden Euro Umsatz bis 2020 für realistisch. Die Kundenzahl könne von 700.000 auf 15 Millionen wachsen – eine ressourcenarme Mobilitätsform wäre Alltag. Drum gründeten die Stuttgarter jetzt eine Dienstleistungsfirma, die Ende 2014 rund 100 Millionen Euro umsetzen soll. Die Konkurrenz ist auch aktiv.

Ähnliches kann, ja muss in allen Branchen geschehen. Dazu wird die Entwicklung besserer Systeme zum ökologischen Rechnungswesen beitragen. Etwa „MyEco-Cost“, das eines Tages den Ressourcenverbrauch von Produkten, Dienstleistungen und Technologien widerspruchsfrei berechnen und Firmen solidere Entscheidungsgrundlagen bieten soll. Unternehmen, die sich dem öffnen, werden Impulse erhalten für völlig andersartige Produkte und Dienste. Und die Chance, die Nase im Wettbewerb vorne zu haben. Vielleicht trennen sich Daimler & Co dann auch von der Vorstellung, vor allem Autobauer sein zu müssen.

Eine spannende und nützliche Lektüre wünscht Ihnen Susanne Bergius

Mit freundlicher Empfehlung

 HypoVereinsbank
Member of  UniCredit



SARASIN

 Union Investment

 Bethmann Bank
ABN AMRO

Inhalt

TOPTHEMA	
Kinderarbeit eindämmen - was Investoren tun können	2
ASSET MANAGEMENT	
Internationale Meldungen	6
PRODUKTE & KONZEPTE	
In die eigene Region Investieren	7
KÖPFE & AUSSENANSICHT	
Jorgen Randers: Demokratie behindert Klimaschutz	10
Christian Hey: Demokratien sichern Anpassungsfähigkeit	11
MELDUNGEN & AUSBLICK.....	12

Diesen Newsletter abonnieren:
handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Kinderarbeit bei Zulieferern eindämmen

TOPTHEMA
8.2.2013 | Nr. 2

Undurchsichtige Lieferketten und andere Hürden erschweren den **Kampf gegen die Ausbeutung**. Das Internet hat **Investoren** die Recherche zu verantwortlichem Geschäftsgebaren etwas erleichtert.

Schon jetzt quellen die Geschäfte über mit Osterhasen und Eiern aus Schokolade. Die Kinder freut's. Doch die Schokolade stammt meist aus Westafrika, wo vielfach Kinderhände die Früchte ernten. Fast jedes zweite Kind zwischen fünf und vierzehn Jahren muss dort regelmäßig arbeiten, berichtete 2012 die Welthandelsorganisation. Das Lohnniveau der Bauern sei so gesunken, dass selbst die Jüngsten auf den Plantagen zupacken müssten. Skeptiker werfen ein, auch hierzulande helfen Bauernkinder in Stallungen und auf Feldern mit. Der Unterschied besteht in ausbeuterischer Kinderarbeit: Kinder in Westafrika arbeiten bis zum Umfallen – mehr als die Hälfte der Kinder in der Elfenbeinküste können nicht zur Schule gehen.

Ausbeuterische Kinderarbeit besteht auch in den Zuliefererketten der Textil-, Spielzeug- und IT-Industrie oder im Bergbau. Etwa 115 Millionen Kinder gehen laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einer Arbeit nach, die oft gefährlich ist und ihre Rechte aus den ILO-Konventionen verletzen (siehe Infokasten nächste Seite).

Kinderrechte und Geschäftsprinzipien

Dagegen gehen seit vergangenem Jahr die EU und die Vereinten Nationen vor: Seit Januar 2012 besteht ein Individualbeschwerdeverfahren zur UN-Kinderrechtskonvention, Mitte März 2012 wurden UN-Prinzipien zum Schutz von Kindern verabschiedet.

Die » **„Children's Rights and Business Principles“** sollen unter anderem Kinderarbeit in den Zulieferbetrieben vieler Branchen eindämmen. Die zehn Prinzipien rufen alle Unternehmen weltweit dazu auf, die Rechte der Kinder – sie machen fast ein Drittel der Weltbevölkerung aus – zu respektieren und zu unterstützen. Sowohl durch ihre eigenen Aktivitäten als auch durch ihre Geschäftsbeziehungen. Ebenfalls Mitte März 2012 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution gegen Kinderarbeit auf Kakaoplantagen. Kinderschutz wird folglich auf völkerrechtlicher Ebene rechtsrelevant.

Führende Schokoproduzenten stellen sich dem Problem

Nachdem die Kakaobranche jahrelang so tat, als ob das Problem kaum existiere, hat der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé 2012 als erster internationaler Schokokonzern seine Zulieferbetriebe von der unabhängigen Fair Labor Association (FLA) prüfen lassen. Die hohen Reputationsrisiken will der mit einem Marktanteil von 13 Prozent drittgrößte Schokoladenhersteller der Welt nicht länger eingehen. Die FLA bemängelte unter anderem das Fehlen eines Kontrollmechanismus: „Ein verständliches internes Monitoring und Korrektursystem, das alle Teile der Beschaffungskette umfasst, wird Nestlé erlauben, Verstöße gegen seinen Verhaltenskodex zu identifizieren und auszumerzen.“ Bauern, Pächter, Farmarbeiter und ihre Familien seien darüber zu informieren und zu schulen.

Diese und andere Empfehlungen will der Konzern im Rahmen des 2009 gestarteten „Cocoa Plans“ aufgreifen. Bis 2013 sollen bis zu 15 Prozent des gesamten Kakao-bedarfs von Farmern stammen, die in den Cocoa Plan eingebunden sind. Da Schulen in ländlichen Gebieten oft viel zu weit weg und ohne Verkehrsmittel unerreichbar sind, will Nestlé mit der » **World Cocoa Foundation** bis 2016 in der Elfenbeinküste ▶

Ihr Update in puncto Nachhaltigkeit

Vorbildlich nachhaltiges Wirtschaften kann mehr als nur ökologische, soziale und regulatorische Risiken managen: harte Fakten liefern für die Unternehmenssteuerung. Wie Sie diesen Mehrwert professionell erschließen können, zeigt Ihnen jetzt Robert E. Bopp, robert.bopp@de.ey.com, www.de.ey.com

See More | Reputation

Der Name Ernst & Young bezieht sich auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht.



ERNST & YOUNG
Quality In Everything We Do

40 Schulen errichten oder instand setzen und Gemeinschaften zur Kinderarbeit sensibilisieren. Auch der Mode-Discounter Hennes & Mauritz (H&M) setzt sich für Bildung ein: 40000 Kinder aus den Slums um Dhaka, Bangladesch, sollen eine Schulbildung und soziale Absicherung erhalten. Bangladesch sei ein wichtiges Produktionsland, begründete Vorstandschef Karl-Johan Persson im Oktober. Das Vorhaben läuft nicht über die Zulieferbetriebe, sondern die Schweden spenden acht Millionen US-Dollar für das All-for-Children-Projekt des Kinderhilfswerks Unicef.

Schulen sind nötig - sowie Existenz sichernde Löhne

H&M war seit 1997 mehrfach dem Vorwurf der Kinderarbeit ausgesetzt. Darum hat die Modekette einen Kodex entwickelt, ist der FLA beigetreten, kontrolliert Zulieferer und hat 2010 selbst neun Fälle von Kinderarbeit publik gemacht. Im Januar 2012 hatte die ARD im „H&M-Check“ über Arbeitsbedingungen und zu niedrige Löhne bei Zulieferern berichtet. Den Vorwurf der Kinderarbeit in Bangladesch konnte sie nicht erhärten. Das Netz der Sublieferanten sei nicht verlässlich zu kontrollieren, da es viel zu unübersichtlich sei, sagte der Arbeitsmarktforscher Khorshed Alam der ARD. Das ist eine Herausforderung für Hersteller vieler Branchen, die nicht selbst produzieren.

Häufig ist es für Familien zudem wirtschaftlich unabdingbar, dass Kinder Geld verdienen. Ein purer Ausschluss von Kinderarbeit kann ein Desaster verursachen: So verließen vor Jahren nach dem Aufdecken von Kinderarbeit namhafte Fußballhersteller Pakistan und lassen seither in China fertigen – in Pakistan verhungerten Kinder oder mussten auf den Kinderstrich gehen. Es ist also nötig, kluge Alternativen zu finden und den Familien und ihren Kindern Arbeit und Schulbildung zu bieten.

Auch die Weltmarktpreise spielen eine Rolle: „Der sinkende Kakaopreis führte zur Verarmung von Millionen Bauern, die keine Erntehelfer mehr bezahlen können“, erklärt Friedel Hütz-Adams vom Südwind-Institut die Ursachen der Kinderarbeit auf Kakaoplantagen. Der Kampf gegen Kinderarbeit bedürfe der sozialen Absicherung für die Familien, betont auch Iris Stolz von Terre des Hommes: „Nur wenn auf dem Weltmarkt gerechte Preise gezahlt werden, die die Kosten für angemessene Erwachsenenlöhne sowie soziale und ökologische Standards abbilden, können Arbeitgeber in armen Ländern auch faire Löhne zahlen.“ Davon sind Nestlé und H&M trotz einiger Bemühungen – wie H&Ms Beitrag zur Verdoppelung der gesetzlichen Mindestlöhne in Bangladesch – noch entfernt. Ihre Produkte tragen nicht das Fair-Trade-Siegel, das bestätigen würde, dass Bauern und Arbeiterinnen faire Preise und Löhne erhalten.

Vermögensverwalter gefordert

Für die Vermögensverwaltung und Fondsanbieter stellt sich die Herausforderung, Firmen und Länder zu identifizieren, die ausbeuterische Formen von Kinderarbeit tolerieren, um hierin keine anvertrauten Gelder zu investieren. Viele nachhaltige Investmentfonds haben als Ausschlusskriterium „Kinderarbeit“ oder die ILO-Kernarbeitsnormen. Selbst mancher Mikrofinanzfonds nennt dies explizit, so der „Dual Return - Vision Microfinance“ von Absolute Portfolio Management (APM).

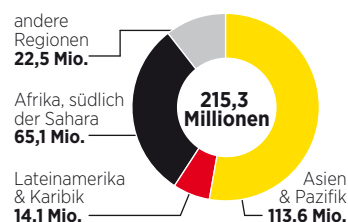
Der Ausschluss von Kinderarbeit allein wird dem Thema jedoch nicht gerecht: „Erwachsene sollten so entlohnt werden, dass ihre Kinder nicht arbeiten müssen. Wenn dies gewährleistet ist, ist ein grundlegendes Erfordernis erfüllt. Zuverdient durch Kinder und Jugendliche ist dann eher etwas, was in den Kontext von kulturellen und regionalen Lebensumständen gehört“, sagt Norbert Schnorbach von Securvita, die für den „GreenEffects – NAI-Werte Fonds“ zuständig ist. Die Analyse sei insbesondere für Branchen relevant, die als anfällig gelten, etwa bestimmte Bereiche der konventionellen Landwirtschaft (Kakao, Zucker, nachwachsende Rohstoffe) sowie Bergbau, Textil und IT. „Diese Branchen spielen allerdings für den Natur Aktien Index NAI nur eine untergeordnete Rolle und kommen kaum ins engere Auswahlverfahren.“

Für die Überprüfung der Unternehmen in Sachen Kinderarbeit nutzen viele Fondsgesellschaften Datenbanken externer Researchanbieter, Internet-Suchen, Berichte ▶

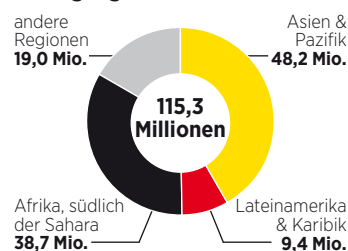
TOPTHEMA
8.2.2013 | Nr. 2

Zahlen zur Kinderarbeit

Wie viele Kinder müssen weltweit arbeiten?



Wie viele Kinder arbeiten unter gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen?



Handelsblatt

Quelle: IAO

Internationale Regeln

Gemäß der Definition der **Internationalen Arbeitsorganisation ILO** sind nicht alle Formen der Kinderarbeit international geächtet. Das, was verboten oder erlaubt ist, hängt unter anderem ab von **Art, Schwere und Dauer der Arbeit**, dem Alter des Kindes sowie einem eventuell begleitenden Schul- und Bildungsangebot für arbeitende Kinder. Zum Verstoß führen Fälle, bei denen Kinder systematisch und in **ausbeuterischer Form** in Fabriken und Fertigungshallen zur Arbeit gezwungen sind, weniger aber solche Fälle, die auf traditioneller Mitarbeit von Kindern im Familienverbund beruhen. Informationen unter: » <http://www.ilo.org>

von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Medien sowie direkte Unternehmensanfragen. „Das war für unser Erfordernis bei diesem Thema bisher immer ausreichend, auch wenn wir uns bewusst sind, das Recherchen an ihre typischen Grenzen stoßen, etwa bei Zuliefererketten mit vielen Gliedern“, erläutert Schnorbach. APM verlässt sich auf das Sozialrating der auf Mikrofinanzierung spezialisierten Genfer Researchagentur Symbiotics, die auch Mikrofinanzinstitute direkt befragt.

Internet und Research-Anbieter erleichtern Recherche

Hauck & Aufhäuser (Schweiz) schaltet im Anlageprozess für ihre drei Ethik-Fonds und weitere nach nachhaltigen Richtlinien angelegte Gelder ein Ethik-Komitee ein. „Es entscheidet über Aufnahme oder Ausschluss eines Unternehmens oder eines Staates ins / vom Anlageuniversum“, erläutert Analyst Stefan Streiff. Zuvor wertet das hauseigene Ethik-Research Firmeninformationen, sekundäre Quellen (Presse, Informationen von NGOs) sowie die Daten eines externen Research-Anbieters aus. „Letzterer sammelt auch mediale Kontroversen, was unser Recherchieren bei solch kritischen Themen erheblich abkürzt“, berichtet Streiff. Das Ethik-Research verdichtet die Informationen darüber, wie zum Beispiel ein Unternehmen mit Kinderarbeit umgeht, zu einer Empfehlung an das Ethik-Komitee.

„Da sich in den letzten Jahren – auch in Ländern, in denen Kinderarbeit an der Tagesordnung ist – eine immer stärkere Zivilgesellschaft gebildet hat und gleichzeitig der Informationsaustausch per Internet und andere Medien stark zugenommen hat, ist die Datenlage mittlerweile viel besser als dies noch vor einem Jahrzehnt der Fall war“, berichtet Gerhard Tometschek, Geschäftsführungsmitglied der Kapitalanlagegesellschaft des österreichischen Bankhaus Schelhammer & Schattera. Sie kooperiert mit der Agentur Oekom Research.

Kontrolle stößt auf viele Hindernisse

Gleichwohl bestehen Grenzen der Nachvollziehbarkeit. Die Researchagenturen sind darauf angewiesen, dass relevante Fälle von Dritten aufgedeckt und publik gemacht werden. „Das ist natürlich nicht immer der Fall. Insofern ist von einer bestimmten Dunkelziffer an bislang nicht öffentlich gewordenen Fällen auszugehen“, sagt Tometschek. Wohl sei in letzter Zeit die Zahl der Fälle, in denen Kinderarbeit in den Aktivitäten der untersuchten Unternehmen oder bei wichtigen Zulieferern eindeutig nachgewiesen sei, kontinuierlich zurückgegangen. Heikel seien meist solche Unternehmen, die größere Teile der Wertschöpfungskette ausgelagert haben, insbesondere im IT-Bereich. „Insgesamt ist Kinderarbeit nach wie vor ein großes Problem, nicht mehr so stark in Fabrikhallen, in denen für westliche Konzerne gearbeitet wird, doch in der Landwirtschaft oder der Rohstoffgewinnung.“ Dort aber sei die direkte Zurechnung zu westlichen Unternehmen meist schwer möglich.

Trotz Kodizes und rechtlicher Vorgaben klingt der Schutz vor Kinderarbeit leichter, als er angesichts der wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen zu realisieren ist. So stellte die Fair Labor Association FLA fest, dass kein Unternehmen garantieren könne, Kinderarbeit auszuschließen. Teilweise seien die Zuliefererketten einfach zu undurchsichtig. Überdies gäben Kinder oft ein falsches Geburtsdatum an – offizielle Geburtsurkunden haben etwa die Menschen in vielen westafrikanischen Ländern nicht. Zudem ist es vielerorts in dörflichen Traditionen normal, dass selbst kleinste Kinder ihren Eltern stundenlang helfen – zumal Schulen zu weit weg sind.

„Ethik-Komitee und Ethik Research bei Hauck & Aufhäuser (Schweiz) AG sind sich sehr wohl bewusst, dass westliche Standards nicht unbesehen auf Situationen in Transformationsländern übertragen werden können“, sagt Streiff. Trotzdem könnten die Versuche – insbesondere transnationaler Unternehmen – gewürdigt werden, den Menschenrechten auch in Transformationsländern Nachdruck zu verschaffen, fügt er an unter Verweis auf die » [Internationale Kakao Initiative](#). Als gute unternehmerische Beispiele für die Kombination aus begrenzter Kinderarbeit und Schulbildung/Aus- ▶

TOPTHEMA
8.2.2013 | Nr. 2

Rechte für ein Drittel der Weltbevölkerung

Die unter dem Dach der UN-Unternehmensinitiative Global Compact entstandenen » [„Children’s Rights and Business Principles“](#) fordern alle Unternehmen weltweit auf, die Rechte der Kinder zu respektieren und zu unterstützen [durch ihre eigenen Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen](#). Sie wurden entwickelt mit Kindern, Kinderexperten, Menschenrechtsorganisationen und Wirtschaftsfachleuten, Vertretern von Unternehmen, Investoren, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Regierungen sowie UN-Organisationen wie Unicef und der UN-Unternehmensinitiative Global Compact.

bildung nennen Vermögensverwalter unter anderem H&M. Vorbildlich gehe „Switcher“ mit der Problematik der Kinderarbeit um, sagt Streiff. Dieser Bekleidungshersteller produziert auch Ware mit dem Fair-Trade-Label und dem Fair-Wear-Label.

Investoren können Forderungen stellen

Vermögende und institutionelle Investoren können den Experten zufolge durch den Ausschluss von Unternehmen, die im Verdacht von Kinderarbeit stehen, zeigen, dass sie mit solchen Produktionsmethoden nicht einverstanden sind. Investieren sie in entsprechende Publikums- oder Spezialfonds, können sie die Vermögensverwalter um Aufklärung bitten, wie diese die Einhaltung des Kriteriums sicher stellen.

Investoren könnten, ja sollten den Unternehmen mitteilen, wenn sie ein sozial oder ökologisch schädliches Geschäftsverhalten identifiziert und mit einem „Malus“ im Bewertungssystem abgestraft haben, meint Streiff, denn: „Je mehr die Geschäftsleitung erfährt, dass dies Investoren missfällt, desto größer sind die Chancen für Veränderungen.“ Institutionelle Investoren sollten von Unternehmen nicht nur die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen fordern, sondern darüber hinaus die Zahlung von Existenz sichernden Löhnen auch in der Zulieferkette, sagt Schnorbach.

„Aktive Investoren können dieses Thema im Einzelfall zudem gezielter, öffentlich-wirksamer und meist effektiver mit Engagementaktivitäten angehen. Dazu sind eine Vernetzung und ein gemeinsames Vorgehen sinnvoll, so wie wir es mit der Investoreninitiative CRIC machen“, erläutert Tometschek. Derzeit führt CRIC aber keinen Engagement-Dialog zu Kinderarbeit. Vor zwei Jahren kritisierte das Bündnis anlässlich der Computermesse Cebit die teils miserablen Arbeitsbedingungen in der Zulieferindustrie der IT-Branche und forderte sie auf, „dieses Thema besonders ernst zu nehmen und wirksame Strategien zu entwickeln, die ausbeuterische Arbeitsbedingungen in der Produktion ausschließen.“

Susanne Bergius

TOPTHEMA
8.2.2013 | Nr. 2



Nachhaltigkeit. Wir fördern das.

Die KfW steht für Nachhaltigkeit. Deshalb ist die Förderung der Energiewende eine unserer zentralen Aufgabenstellungen. Allein 2011 haben wir den Umwelt- und Klimaschutz mit mehr als 22 Mrd. EUR gefördert. Für Nachhaltigkeit stehen aber auch die von uns emittierten Finanzmarktprodukte mit höchster Bonität für nachhaltige Investitionen in KfW-Anleihen.

Mehr Informationen erhalten Sie unter www.kfw.de/nachhaltiges-investment

Bank aus Verantwortung

KfW

Neues deutsches Mitglied bei den Equator Principles

Zum Jahresbeginn ist die DZ Bank den » „Equator Principles“ (EP) beigetreten. Damit verpflichtet sich das genossenschaftliche Zentralinstitut für mehr als 900 Volks- und Raiffeisenbanken, diese Umwelt- und Sozial-Standards bei allen neuen Projektfinanzierungen über mehr als zehn Millionen US-Dollar anzuwenden. Das geschehe „aus Gründen der Risikovorsorge als auch in Verantwortung für die Gesellschaft“, so Vorstandschef Wolfgang Kirsch. Die Äquator-Prinzipien entstanden 2003 auf Basis der Standards der Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC). Inzwischen haben laut Infrastructure Journal weltweit 77 Institute das freiwillige Regelwerk unterzeichnet. Seit 2006 werden rund 80 Prozent des grenzüberschreitenden milliardenschweren Projektfinanzierungsvolumens für Entwicklungs- und Schwellenländer unter Anwendung der EP vergeben.

Doch die Standards galten bisher nicht für Export- und Unternehmensfinanzierungen. Darum wurden höhere Anforderungen diskutiert (siehe » [Ausgabe 10/2012](#)). Einige Institute haben begonnen, die EP in diesen Geschäftsbereichen anzuwenden, so die Hypo-Vereinsbank/Unicredit. Die DZ Bank erläuterte auf Anfrage, aktuell wende sie die „EP2“ an. „Eine Aktualisierung auf den im vergangenen Herbst neu erarbeiteten Standard der EP3 und damit die Erweiterung auf Unternehmensfinanzierungen wird vorbereitet“, sagte eine Sprecherin. Das Institut prüfe bereits seit 2009 Kreditanfragen nach den Prinzipien des UN Global Compact. „Die Nachhaltigkeitsprüfung ist Bestandteil der Kreditvorlage und im Kreditprüfungsprozess verpflichtend verankert.“

Hürden für ein nachhaltiges Finanzsystem überwinden

Kurzfristigkeit, verfehlte Anreize, ökosoziale Effekte, Instabilitäten der Finanzmärkte und andere Faktoren verhindern, so sagen Investoren, ihre Bemühungen, um Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte in ihre Investmententscheidungen zu integrieren. Sie verhinderten überdies die Kapitalmärkte als Ganzes nachhaltiger auszurichten. Die UN-Initiative Prinzipien für Verantwortliches Investieren (PRI) befasst sich aktuell intensiv mit solchen Barrieren sowie Ansätzen, diese zu überwinden. Aktuell » [befragt die UN PRI](#) Unterzeichner, Einschätzungen zu sieben vorgeschlagenen Projektgebieten zu geben. Ziel ist, konkrete Empfehlungen für alle Unterzeichner zu erarbeiten, wie solche Hemmnisse in der Praxis zu bewältigen sind. Dazu stellt sie ein Konsultationspapier zum Stand der Dinge und des Research zur Verfügung.

Gemischtes Bild bei Aktienindizes

Nachhaltige Aktienindizes haben sich 2012 teils diametral entgegengesetzt entwickelt. Das zeigt ein Vergleich von 16 tonangebenden Indizes durch den Branchendienst » [Ecoreporter](#). Demnach hat der Dax Global Sarasin Sustainability Germany als Spitzenreiter fast 27 Prozent (Total Return, TR) zugelegt. Der Global Challenges Index kam auf gut 22 Prozent. Der Dow Jones Sustainability Index Europe und der FTSE 4 Good Global 100 erreichten je rund 19 Prozent (TR). Dagegen erlitten Technik-Indizes erhebliche Kursverluste: Schlusslicht war der Öko-Dax, der mehr als die Hälfte seines Wertes verlor. Der Umweltbank-Aktienindex (UBAI) büßte erhebliche 27 Prozent ein. Auch manche breiten Nachhaltigkeitsindizes enttäuschten, so stagnierten der Stoxx Global ESG Leaders und der Euro Stoxx Sustainability 40.

Die Spanne der Wertentwicklungen seit dem jeweiligen Auflagdatum reicht von minus 93 bis plus 24 Prozent. Hier sticht der nach sehr strengen Kriterien gebildete Naturaktienindex (NAI) mit großem Abstand hervor: Er erreichte seit April 1997 ein Plus von 408 Prozent und ist wie schon seit Jahren das erfolgreichste nachhaltige Börsenbarometer. Vergangenes Jahr lag er mit rund 12 Prozent Zuwachs im Mittelfeld. Der Ecoreporter-Überblick zeigt auch, welche Art Unternehmen in die jeweiligen Indizes kommen, nach welchen Kriterien diese zusammengestellt werden und wer die gelisteten Unternehmen auf Nachhaltigkeit prüft.

Susanne Bergius

ASSET MANAGEMENT

8.2.2013 | Nr. 2

Mit Unterstützung von



Die eigene Region als Investmentziel

Immer mehr Anleger wollen rentabel vor ihrer eigenen Haustür investieren, die Zahl der **als Beimischung geeigneten Optionen** steigt. Manche machen jedoch Kompromisse bei der Rendite.

„Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah!“ Der große Dichter Johann Wolfgang von Goethe hatte mit dieser Aufforderung keinesfalls Anleger im Sinn. Und doch kann seine Erkenntnis auch im Finanzsektor wertvoll sein. Immer mehr Private und Institutionelle wenden sich Anlageoptionen in ihrer Region zu. Die Bandbreite der Möglichkeiten reicht von kleinen Bürgerkrediten an Gemeinden bis hin zu millionenschweren Investitionen in Infrastrukturvorhaben. Dabei kann manche Anlage, die dem Namen nach nur für „Bürger“ gemacht zu sein scheint, auch für Stiftungen, Unternehmen, kirchliche Organisationen und andere Institutionelle eine interessante Beimischung sein. Es lohnt sich folglich, genauer hinzuschauen.

Risikostreuung und solide Renditen im Blick

Vermögende und institutionelle Anleger wollen nach eigenen Angaben zugleich etwas in ihrer Region bewegen, eine solide Rendite erwirtschaften und die Risiken in ihrem Portfolio besser streuen. Das sind auch Motive der Münchener Rück (Munich Re), die in den nächsten drei bis fünf Jahren insgesamt vier Milliarden Euro in Erneuerbare Energien, Hochspannungsnetze und Infrastrukturprojekte investieren will – und zwar in ihrem Heimatland Deutschland. Für einen weltweit agierenden Konzern sind das durchaus regionale Investments. Die Zielrendite beziffert Holger Kerzel, Geschäftsführer der Meag, mit sechs bis sieben Prozent – „abhängig vom Risikoprofil variieren die Renditeziele.“ Die Meag ist der hauseigene Vermögensmanager von Munich Re und Ergo. Der weltgrößte Rückversicherer hat sich deren Angaben zufolge bereits am Netzbetreiber Amprion beteiligt und das Gasnetz von Eon gekauft.

Dagegen resultiert das Interesse von Privatleuten etwa an Bürgerbeteiligungsmodellen zur Finanzierung von Erneuerbaren Energien sowohl aus einer ökologischen Grundeinstellung als auch aus dem Vertrauen in den jeweiligen Energieversorger. Das ergab Ende November eine Umfrage des Fachverlags Energate aus Essen und des Kölner Marktforschungsinstituts Yougov. Parallel dazu begründen drei Viertel der befragten Firmen das Angebot von Bürgerbeteiligungsmodellen mit der Kundenbindung und Image-Pflege. Anders als gemeinhin erwartet wird, nannte nur etwa die Hälfte als Argument die Finanzierung von Ökostromprojekten. Populärstes Beteiligungsmodell ist laut den Unternehmen der Sparbrief, den sie häufig in Kooperation mit Sparkassen ausgeben. Die Umfrage ergab hierfür ein durchschnittliches Emissionsvolumen von gut sieben Millionen Euro. Auf Platz zwei folgen gewinnabhängige Darlehen, anschließend Genossenschaftsmodelle (» siehe Ausgabe 11/2012).

Mit Anleihen unabhängig von Banken

In Städten und Kommunen jedoch ist der Finanzierungsbedarf ein wichtiges Argument: Sie wollen unabhängiger von Bankkrediten werden. Darum begab Hannover nach der Finanzkrise 2009 eine Kommunalanleihe, stockte sie 2011 auf und war sehr zufrieden mit der hohen Nachfrage seitens der Investoren, so der Stadtkämmerer Marc Hansmann damals. Insgesamt kamen vornehmlich von institutionellen Anlegern 180 Millionen Euro. Der Kupon betrug 3,645 Prozent mit einer Laufzeit von zehn ▶

PRODUKTE & KONZEPTE
8.2.2013 | Nr. 2

Strategische Finanzquelle

Institutionelle Investoren könnten eine erste Quelle zur Finanzierung von Energieeffizienzprojekten in Städten sein, ergab eine Studie mit dem Titel: „Funding Low Carbon Cities: Mapping the Risks and Opportunities“ für das britische » **Centre for Low Carbon Futures**. Die Autoren sagen jedoch auch, dass **Renditen von fünf bis sieben Prozent** niedrig sein könnten im Vergleich zu anderen Infrastrukturprojekten mit einem höheren Risikoprofil. Allerdings könnten sie zu den strategischen Anforderungen von Pensionsfonds passen. Regionale Verwaltungen sollten sich mit Anlegern dazu austauschen, in welche Anlageformen sie investieren würden.

Jahren (bis 2019). „Mittelfristig sind weitere Anleihen und Schuldscheindarlehen geplant“, so ein Sprecher der Landeshauptstadt. Zeitpunkt und Volumen stünden noch nicht fest, aber: „Solche kommunalen Anleihen werden von uns als ein gutes zusätzliches Instrument für die Finanzierung dringend notwendiger Investitionen gesehen.“

Essen lancierte 2010 eine an der Düsseldorfer Börse gehandelte Anleihe mit einem Zins von 2,74 Prozent und einer Laufzeit bis 2015. Die Stadt gewann kleine und große Anleger dafür und sammelte 200 Millionen Euro ein. „Wir wollten testen, wie das Instrument funktioniert, um die Kapitalbasis zu verbreitern“, erklärt Clemens Stoffers, Abteilungsleiter Vermögens- und Schuldenmanagement. Die Abwicklung sei gut gelaufen, er könne sich gut vorstellen, mittelfristig eine neue Anleihe zu platzieren, sagt Stoffers. In die alte Anleihe könnten Anleger zwar auch einsteigen, allerdings nur mit Kursverlust, so dass man genau kalkulieren müsse, ob sich ein Einstieg lohne. Börsengehandelte Anleihen seien für große Kapitalbedarfe sinnvoll, für kleine sei der Aufwand zu hoch. Bürgerbeteiligungen seien eher etwas für Kommunen.

Bürgerdarlehen und Beteiligungsgesellschaften

Eine neue Form kommunaler Finanzierung sind Bürgerdarlehen, die das neue Onlineportal » LeihdeinerStadtGeld.de organisiert. Zuerst hat darüber die Gemeinde Oestrich-Winkel im Oktober 2012 direkt von ihren Bürgern einen Kredit von 83.200 Euro aufgenommen, um Digitalfunkgeräte für die Freiwillige Feuerwehr anzuschaffen. Die Verzinsung für das sechsjährige Darlehen mit 0,76 Prozent entspricht dem Festgeldniveau bei einer Laufzeit von zehn Jahren und ist für die Gemeinde attraktiver als ein Bankkredit. „Weitere Geräte werden in einer zweiten Tranche im Sommer oder Herbst 2013 wieder über Bürgerkredite finanziert“, heißt es in Oestrich-Winkel.

Zu Jahresbeginn lancierte das Portal zudem die laut eigenen Angaben bundesweit erste » [Plattform für Umweltkredite](#). Hier sollen rentierliche, umweltnahe Geldanlagen geboten werden und Projektträgern ein bankenunabhängiger Finanzierungsweg. Die Plattform will in diesen Wochen drei Photovoltaik-Projekte starten. „Wir befinden uns auch in Gesprächen für Wind- und Nahwärmeprojekte“, berichtet Jamal El Mallouki, geschäftsführender Gesellschafter. Die Volumina der ersten Projekte sind teils beträchtlich (siehe Infokasten). Der Mindestkreditbetrag von 100 Euro soll garantieren, dass sich jeder Bürger beteiligen kann. Doch große Beträge sind möglich: „Auch Stiftungen, Vereine, Unternehmen und Kirchen können sich an diesen Projekten mit einem Umweltkredit beteiligen“, sagt El Mallouki.

Als weitere regionale Anlageform bieten sich Beteiligungsgesellschaften an. Vorreiter ist die » [„Regionalwert AG Freiburg“](#), die Christian Hiß 2006 gründete. „Seither haben mehr als 510 Aktionäre 2,23 Millionen Euro eingelegt“, berichtet Hiß. Es seien meist Privatanleger und einige Unternehmen. Noch fehlen Stiftungen, Kommunen oder kirchliche Akteure im Aktionärskreis. Mit dem Kapital finanziert die Bürgeraktiengesellschaft Betriebe des ökologischen Landbaus oder der Weiterverarbeitung und Vermarktung von Bioprodukten in der Region. Im Dezember erhielt Hiß die Auszeichnung » [„Übermorgenmacher“](#). Ende 2011 wurde eine Dachgesellschaft gegründet, so dass auch in anderen Bundesländern Bürger-AGs unter dieser Marke gegründet werden können. „Den Start machte die „Regionalwert AG Isar-Inn“ im Raum München“, berichtet Hiß. Ernsthafte Bestrebungen gebe es in Berlin-Brandenburg sowie in Hamburg und Umland. Unterdessen hat das Vorbild Schule ge-



In Entwicklung investieren

Sozial verantwortlich Geld anlegen und Menschen in Entwicklungsländern Chancen eröffnen.

Investieren auch Sie! Ab 200 Euro.

Mehr zur Beteiligung an Oikocredit: www.oikocredit.de



**OIKO
CREDIT**
in Menschen investieren

PRODUKTE & KONZEPTE

8.2.2013 | Nr. 2

Umweltkredite gefragt

Das erste Photovoltaik-Projekt der » [Umweltkreditplattform](#) soll heute mit einer Vormerkoption frei geschaltet werden. Die Projektdaten sind dann einsehbar. Hierfür will die Plattform den Angaben zufolge 640 000 Euro über Bürgerdarlehen einsammeln. Sie sind mit fünf Prozent fix vergütet, es werden Laufzeiten über fünf, zehn und 15 Jahre angeboten. Anlagebeträge sind nicht nach oben begrenzt. Der Projektträger aus Baden-Württemberg hat die [Anlage in Brandenburg](#) errichtet, sie soll Ende März in Betrieb gehen. Das gesamte Finanzierungsvolumen beträgt 4,3 Millionen Euro.

Zwei weitere Solar-Projekte sind laut Kreditplattform in [Nordhessen](#) und [Hannover](#) in der Vorbereitung — die angepeilten Darlehen belaufen sich auf 40 000 respektive 150 000 Euro.

Überdies sind Projekte mit siebenstelligen Volumina in [NRW](#) für Ende Februar/März in der Pipeline.

macht. Im Oktober 2011 entstand die » „Bürger AG für nachhaltiges Wirtschaften FrankfurtRheinMain“, die landwirtschaftliche Betriebe und nachhaltige Projekte finanziert. Den Begriff „Bürger“ fassen die Initiatoren allerdings sehr weit: „Wir möchten Privaten, Institutionen, Stiftungen und Unternehmen die Möglichkeit geben, ihr Geld sinnvoll, rentabel und nachhaltig anzulegen.“

Grenzen und Risiken beachten

Dieses Beispiel zeigt auch, wo die Grenzen solcher Modelle liegen. Die wirtschaftliche Gewinnorientierung steht laut den Angaben gleichwertig neben der sozialökologischen Wertbildung, aber: „Wir gehen von Kapitalrenditen im eher niedrigeren Bereich aus, da wir nicht nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung, sondern nach Kriterien der nachhaltigen, sozialökologischen Wirtschaftsweise arbeiten.“ Die Aktionäre können jährlich wählen zwischen der Barauszahlung der Rendite und einer Naturalrendite: biologisch-regional-saisonale Lebensmittel der Projektpartner.

Regionale Sparbriefe

Risikoarme Anlagen mit geringen Renditen bieten auch einzelne Sparkassen. So hat die Sparkasse Freiburg-Nördlicher-Breisgau 2009 mit dem regionalen Energieversorger Badenova einen Klima-Sparkassenbrief aufgelegt; 2012 entwickelten beide mit der Naturschutzorganisation BUND ein genossenschaftliches Bürgerbeteiligungsmodell zu Errichtung von Windparks. „Darüber soll künftig ein Fünftel des Strombedarfs von Freiburg gedeckt werden“, lobte der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon auf einer Tagung des Sparkassenverbandes DSGV und der Heinrich-Böll-Stiftung im Dezember. Laut Badenova sollen die Genossen eine „sichere Mindestrendite“ und eine „jährliche Windprämie“ erhalten. Die Höhe ist noch unklar und eine Beteiligung sei erst möglich, wenn das erste Windrad steht. Das könne ein bis zwei Jahre dauern.

Die Sparkasse Aschaffenburg-Alzenau bietet aktuell einen » Energie-Sparkassenbrief, der energetische Gebäudesanierungen und Effizienzmaßnahmen in Firmen finanziert. Die Anleger erhalten 1,15 Prozent Zinsen. Wohin die Gelder fließen, zeigt online eine „Mittelverwendungsbilanz“, Mitte Januar waren das fast 27,4 Millionen Euro. Stiftungen und kirchliche Anleger können sich beteiligen – es gibt keine maximale Beteiligungssumme. Über solche Anlageformen könne die Sparkasse viel mehr investieren, weil der Investitionsbedarf hoch sei, sagt Frank Oberle, Leiter Unternehmenssteuerung. Doch scheine vielen Anlegern das aktuelle Zinsniveau für risikolose nachhaltige Geldanlagen mit mehrjähriger Zinsfestbindung zu niedrig. „Deshalb denken wir über eine interessant verzinsten Raten-sparvariante nach, die nach gleichen Kriterien wie der Energie-Sparkassenbrief funktioniert, aber statt einer Einmalanlage regelmäßiges Sparen ermöglicht“, sagt Oberle. „Diese Variante kann für Anleger mit mehr Flexibilität ausgestaltet werden.“ Zudem will die Sparkasse bei der Mittelverwendung über das Thema Energieeffizienz hinaus gehen.

Susanne Bergius

PRODUKTE & KONZEPTE
8.2.2013 | Nr. 2

Geschlossene Fonds

Weitere regionale Anlagen bieten geschlossene Fonds. Das Berliner Emissionshaus CEPP Capital hat gerade ein Angebot für Anleger initiiert, die mindestens 60 000 Euro investieren können. Es will eine Millionen Euro bei maximal 20 Anlegern einsammeln und mit 5,1 Millionen Euro einen Windpark in der Prignitz (Brandenburg) durch „Repowering“ modernisieren: Ein Windrad mit zwei Megawatt Leistungskapazität soll ältere Turbinen ersetzen. Die Zeichnungsfrist läuft bis Ende März. Eine Bank prüft gerade, ob sie die nötigen 4,1 Millionen Euro an Fremdkapital bereit stellt. Ob die auf 20 Jahre angelegte Beteiligung den avisierten Ertrag von 202 Prozent erreichen wird, muss sich zeigen. Jeder Anleger haftet mit seiner Einlage und trägt unternehmerische Risiken, die der Prospekt beschreibt.

Nachhaltigkeit ist
kein Teil unserer
Firmenpolitik.

Es ist unsere
Firmenpolitik.

Weitere Infos finden Sie unter hvb.de

Willkommen bei der
HypoVereinsbank
Member of **UniCredit**

Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Im Banken-Rating von oekom research (2011) belegt die HypoVereinsbank erneut Platz 1 unter den weltgrößten Geschäftsbanken – und gilt damit als nachhaltigstes Unternehmen der Branche.

Demokratien verhindern wirksamen Klimaschutz

Pro & Contra - Jorgen Randers: Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss man eine globale „Zentralbank“ für Verschmutzungsrechte schaffen.

Das Hauptproblem der Menschheit lautet: Sie ist unfähig, den Klimawandel aufzuhalten. Die Erdatmosphäre wird wärmer werden und die kommenden Generationen werden damit leben müssen. Warum lässt sich das nicht vermeiden? Die Technik, die nötig wäre, um den Klimawandel aufzuhalten, ist verfügbar. Die Kosten betragen nur ein bis zwei Prozent der globalen Bruttowertschöpfung. Es müsste nur gelingen, ein bis zwei Prozent der Arbeit und des Kapitals von verschmutzenden Sektoren zu klimafreundlichen Industrien zu schieben. Folglich wäre nur eine kleine Veränderung erforderlich. Warum gelingt sie nicht?

Wir haben eine Regierungsform gewählt, die Lösungen unmöglich macht: die Kombination aus Demokratie und Kapitalismus. Manche Optimisten glauben, der Markt könne die Probleme regeln. Doch die Kapitalisten investieren ihr Geld in die Lösung, die den höchsten Profit verspricht: in die billigste. Andere Optimisten glauben, man könne das Problem durch eine Preispolitik lösen, die die klimafreundlichste Lösung auch zur profitabelsten macht. Selbst wenn das im Prinzip möglich wäre, zeigt der sehr begrenzte Fortschritt bei der Etablierung eines Emissionshandelssystems für Kohlendioxid, wie schwer es für demokratische Systeme ist, das effektiv durchzusetzen. Die wesentliche Hürde ist der kurzfristige Horizont der Wähler und Politiker, der wiederum die Politiker in demokratischen Systemen einschränkt.

Eine der wenigen Ausnahmen, wo ein demokratisches System wirksamen Klimaschutz intelligent geregelt hat, ist die deutsche Energiepolitik der letzten zehn Jahre. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz erlegt dem Verbraucher die teurere Lösung auf. Dadurch wird Erneuerbare Energie profitabel. Es muss sich nun noch erweisen, ob dieser Weg Bestand hat.

Eine weitere Ausnahme ist die EU-Kommission, die eine kluge Politik realisiert mit den wichtigen Impulsen in ihrer 2020-Reforminitiative. Wie gelang das? Glücklicherweise gibt es ein demokratisches Vakuum, weil das EU-Parlament noch nicht auf allen Politikbereichen ein Mitspracherecht hat. Sonst hätte die Kommission ihre Vorschläge nicht etablieren können. (Anm. d. Red.: siehe Infokasten)

Was ist also zu tun? Man müsste die Demokratie und den Kapitalismus so modifizieren, dass stets ein bis zwei Prozent des Kapitals in den Klimaschutz fließen. Zudem müsste man gemäß des Vorbilds der Europäischen Zentralbank – wohin die EU-Staaten ja auch Macht abgegeben haben – eine supranationale Institution schaffen, an die die Vergabe von Klimagasemissionen delegiert wird. Ich schlage vor, eine „IPCC 3“ als Zentralbank für Treibhausgasemissionen aufzubauen. Die EU-Kommission könnte die Verantwortung für die Klimapolitik für zehn Jahre an eine solche, unter demokratischer Kontrolle stehende Institution abgeben. Dies könnte finanziert werden beispielsweise durch eine internationale Luftfahrtsteuer.

Ich glaube aber nicht, dass das realisiert werden wird. Darum zeige ich in dem Buch „2052“ die wahrscheinlichen Konsequenzen des Nicht-Handelns auf. Das kurzfristige Denken in kapitalistisch-demokratischen Staaten wird verhindern, dass Entscheidungen, die für das langfristige Wohlergehen unserer Gesellschaften notwendig wären, nicht rechtzeitig getroffen werden. China wird von den künftigen Entwicklungen profitieren, wogegen die aktuellen globalen wirtschaftlichen Eliten zu den Verlierern zählen werden. ▶

KÖPFE & AUSSENANSICHT

8.2.2013 | Nr. 2

Autor

**Jorgen Randers** (1945)

ist Professor für Klimastrategie an der BI Norwegian Business School. Er war Mitverfasser des Buchs „Die Grenzen des Wachstums“ 1972 und der Nachfolgebücher von 1992 und 2004. Er hat je etwa ein Drittel seines Berufslebens in der Forschung, in Unternehmen und für NGOs gearbeitet.

Randers ist Autor des Buchs: „2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre“, Oekom Verlag, September 2012.

EU-Kommission & Agenda 2020

Die EU-Kommission hat 2010 die Strategie Europa 2020 vorgestellt. Ihre »**Schlüsselemente** sind „intelligentes“, „nachhaltiges“ und „integratives“ Wachstum, wozu eine ressourceneffizientere Produktion und die Armutsbekämpfung gehören. Fünf Ziele geben vor, wo Europa 2020 stehen soll, darunter: „Die „20/20/20“-Klima- und Energieziele müssen verwirklicht werden“: Die CO₂-Emissionen sollen gegenüber 1990 um 20 Prozent sinken, der Anteil Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent steigen und die Energieeffizienz um 20 Prozent zunehmen. Ein »**Paket bindender Gesetzgebung** soll das gewährleisten.

Um die »**Ziele der Strategie Europa 2020** zu erreichen, schlug die Kommission Leitinitiativen vor, die Maßnahmen auf allen Ebenen erfordert, von EU-weit tätigen Organisationen, Mitgliedstaaten, lokalen sowie regionalen Behörden. Die Kommission überwacht die Fortschritte.

sbe

Demokratien sichern Anpassungsfähigkeit

Pro & Contra – Christian Hey: **Pluralistische Kontrolle und flexible Erneuerungen** sind für den Klimaschutz besser als hierarchische Systeme.

In Demokratien ist es nicht unmöglich zwischen kurz- und langfristigen Zielen zu vermitteln. Demokratien können durchaus langfristig arbeiten. Das zeigt etwa die Reform des Altersversorgungssystems in Deutschland, die Anfang des Jahrtausends im Hinblick auf demografische Entwicklungen in den 2020er und 2030er Jahren vorgenommen wurde. Auch das Energiekonzept der Bundesregierung von 2011 hat Ziele für den Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien bis 2050 formuliert. Deutschland ist keine Ausnahme, so haben Großbritannien oder Frankreich mittelfristige Klimaschutzziele und eine teilweise zielführende Programmatik.

Demokratien eröffnen soziale Innovationsräume. Demokratien bieten einen offenen Zugang für Minderheitenmeinungen, die sich gelegentlich auch für Langfristziele einsetzen und sich unter bestimmten Bedingungen durchsetzen können. Die Erfolgsgeschichte der Anti-Atombewegung ist hierfür ebenso ein Beispiel wie die vielen 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Regionen.

Das Risiko von zentralistischen und eher autoritären Politiksystemen hingegen ist die Pfadabhängigkeit. Man verweigert sich der Veränderung und hält an überkommenen Strukturen fest. Es ist damit alles andere als sicher, ob die größere Handlungsfähigkeit auch für zukunftsorientierte Innovationen genutzt wird. Die Lernfähigkeit der politischen Elite in China ist leider noch nicht die modellhafte Regel. Auch in China ist auch noch viel Pfadabhängigkeit zu beobachten.

In der öffentlichen Diskussion wird Kapitalismus weitgehend als ein System missverstanden, das nur aus dem einzelbetrieblichen Interesse an Kostensenkung und dem Wettbewerb zu erklären ist. Historisch ist er aber das Ergebnis einer Balance zwischen solchen einzelbetrieblichen Interessen und einem gesellschaftlichen Korrektiv. Ohne gegen einzelbetriebliche Interessen durchgesetzte Lohnsteigerungen, ohne eine Kultur der gegenseitigen Verlässlichkeit und Vertragstreue, ohne korrigierende staatliche Eingriffe bei Marktversagen ist die Wachstums- und Wohlstandsentwicklung der letzten beiden Jahrhunderte nicht erklärbar. Insofern kann die Umweltpolitik im 21. Jahrhundert ähnlich als systemerhaltendes Korrektiv gesehen werden wie die Lohn- und Sozialpolitik früherer Jahrzehnte.

Was ist angesichts des Klimawandels zu tun? Im Grunde ist das Energie- und Klimaschutzpaket der EU von 2008 mit Zielen für die Verminderung von Treibhausgasen, für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz ein gutes Modell auch für weiterreichende Ziele. Es bestand damals ein gutes Zeitfenster für ein solches Paket, das alle Regierungen und das EU-Parlament akzeptiert haben. Insofern kann man nicht von einem Demokratiedefizit der EU sprechen. Dass die Bedingungen aktuell schwieriger sind, hat vielmehr mit dem Auseinanderdriften Europas in Folge der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise und der klimapolitischen Verweigerung einiger demokratischer und autoritärer Staaten zu tun.

Eine europäische oder internationale Klimazentralbank hätte sicher einen gewissen Charme. Aber das Klimaziel und die Regeln für sie müssten in ihrem Gründungsakt politisch gesetzt werden. Man käme also um die demokratische Rückkoppelung gar nicht herum. Demokratie ist ökologisch nicht immer zielführend, kann aber Erfolge vorweisen. Worauf es ankommt sind ökonomische, gesellschaftliche Handlungsfähigkeiten, die sich in offenen Gesellschaften leichter entfalten können als in autoritären.

KÖPFE & AUSSENANSICHT
8.2.2013 | Nr. 2

Autor



Christian Hey

ist seit 2001 Generalsekretär des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung. Zudem ist er im Vorstand des Netzwerkes der Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) und seit 2006 Sprecher von dessen Energiearbeitsgruppe. Von 1997 – 2001 war der promovierte Politikwissenschaftler Politischer Direktor im Europäischen Umweltbüro in Brüssel und zuvor unter anderem Projektleiter im Institut für regionale Studien in Europa (EURES).

Mit nachhaltiger Rendite in die Zukunft

„Sinn in der Krise: Mit nachhaltigen Renditen in die Zukunft“ lautet das Thema einer Veranstaltung des Anlegerforums der Bildungsinitiative „Geld mit Sinn“. Das findet statt am 25.2.2013 in Berlin. Die Veranstaltung richtet sich an alle, die nach fünf Jahren Finanzkrise den Wunsch verspüren, über Alternativen und Zukunftsperspektiven nachzudenken - und diese in ihrer Geldanlage umzusetzen. Weitere Informationen unter » <http://geldmitsinn.de>.

„Green Finance Konferenz“ zur Klimaveränderung

Die Auswirkungen der Klimaveränderung ist das Hauptthema auf der „Green Finance Konferenz“ am 27.02.2013 in Frankfurt am Main. Referenten des Finanzsektors, von Nicht-Regierungsorganisationen und Wissenschaftler werden dort auf diese Kernfragen Antworten geben: Mit welchen Risiken ist auf Grund einer Veränderung des Klimas zu rechnen? Was leisten Versicherer zur Absicherung dieser Risiken? Und welchen Beitrag leisten Kreditinstitute und Investoren zur Finanzierung der Investitionen für eine „Green Economy“ beziehungsweise für die Energiewende in Deutschland? Konferenzprogramm und Anmeldung: » <http://www.greenfinance21.org>

Altersversorgung oder Altersarmut?

Welche Vermögensanlagen sind geeignet, um den Ruhestand zu sichern? Welche nicht? Was ist im umfassenden Sinn nachhaltig? Um diese Themen geht es beim Akademietag am 6.3. 2013 in Frankfurt. Die Arbeitstagung wird erstmals gemeinsam veranstaltet vom Verband Finanzplaner Deutschland und Ökofinanz-21, dem Netzwerk für nachhaltige Vermögensberatung. Mehr unter » info@oekofinanz-21.de.

Erscheinungsweise: monatlich

Erscheinungsart: kostenloses Abonnement

Konzeption & Organisation: Susanne Bergius

Redaktion:

Jürgen Röder

(Verantwortlicher im Sinne des §55 Abs.2 RStV),

Susanne Bergius, Stefan Schneider

Produktion: Heide Braasch

Internet: www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de

Kontakt: handelsblatt.com@vhb.de

+49(0)211/887-0

Anzeigenverkauf:

iq media marketing gmbh,

www.iqm.de/newsletter

Email: kundenbetreuung@iqm.de

+49(0)211-887-3355

Verlag:

Handelsblatt GmbH

(Verleger im Sinne des Presserechts)

Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf

Email: handelsblatt.com@vhb.de,

Tel.: 01805 365365 (EUR 0,14/Min.)

Geschäftsführung:

Gabor Steingart (Vorsitzender), Jörg Mertens,

Claudia Michalski

AG Düsseldorf HRB 38183, UID: DE 812813090

Dieser Newsletter stellt ausdrücklich keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf dar. Es wird keine Haftung für die Richtigkeit der Angaben und Quellen übernommen. Die ausgewählten Anlageinstrumente können je nach den speziellen Anlagezielen, dem Anlagehorizont oder der individuellen Vermögenslage für einzelne Anleger nicht oder nur bedingt geeignet sein. Die in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen und Meinungen wurden von der Redaktion nach bestem Urteilsvermögen geprüft und entsprechen dem Stand zum Zeitpunkt der Erstellung des Dokuments und können sich aufgrund künftiger Ereignisse oder Entwicklungen ändern. Dieses Dokument darf in anderen Ländern nur in Einklang mit dort geltendem Recht verteilt werden, und Personen, die in den Besitz dieses Dokuments gelangen, sollten sich über die dort geltenden Rechtsvorschriften informieren und diese befolgen. Kein Teil dieses Newsletters darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages verändert oder vervielfältigt werden.

MELDUNGEN & AUSBLICK

8.2.2013 | Nr. 2

Mit Unterstützung von



BUSINESS BRIEFING zu Nachhaltigen Investments

Die nächste Ausgabe erscheint am 08.03.2013.

- Newsletter bestellen unter www.handelsblatt-nachhaltigkeit.de